

Staatskanzlei*Kommunikation*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kanzlei@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung**Frühe Förderung weiter stärken**

Solothurn, 19. November 2019 – Die Politik der frühen Kindheit soll in der Schweiz gestärkt und besser verankert werden. Der Bund will mit einem befristeten Impulsprogramm und Änderungen des Kindes- und Jugendfördergesetzes dazu beitragen. Der Regierungsrat begrüsst diese Stossrichtung.

Die Kantone sollen dank einer befristeten Anschubfinanzierung des Bundes ein bedarfsgerechtes Angebot im Bereich der "Frühen Förderung" weiterentwickeln. Dies schlägt die Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates vor. Ausserdem sollen Koordination und Vernetzung zwischen den staatlichen und privaten Akteuren gefördert werden. Ziel ist es, die "Frühe Förderung" stärker in der Politik zu verankern und damit einen Beitrag zur Schaffung der Chancengerechtigkeit beim Schuleintritt zu leisten.

Regierungsrat unterstützt Stossrichtung

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Kommission. Die "Frühe Förderung" im Sinne einer frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) nimmt eine zentrale Rolle im Aufwachsen eines Kindes ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit sowie in der Armutsprävention.

Dennoch gibt es regionale Unterschiede, nicht alle Eltern und Kinder haben den gleichen Zugang zu Angeboten. In einzelnen Bereichen, wie etwa in der frühen Sprachförderung, sind zudem Lücken feststellbar.

Der Regierungsrat begrüsst deshalb die vorgeschlagene Unterstützung durch den Bund. Eine finanzielle Unterstützung würde es den Kantonen erlauben, eine Politik der Frühen Kindheit zu etablieren, ohne die Kompetenzordnung zwischen Bund sowie Kantonen und Gemeinden verändern zu müssen. Damit können die Kantone Lücken in der Ausgestaltung schliessen und die Thematik in der kantonalen Politik nachhaltig verankern. Eine verstärkte und kohärente Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden, sowie eine engere Koordination und Vernetzung zwischen staatlichen und privaten Akteuren im Bereich der Frühen Förderung hat zudem langfristig positive Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit der Kinder.

Bund soll sich nachhaltig engagieren

Allerdings wünscht sich der Regierungsrat, dass der Bund zur nachhaltigen und langfristigen Verankerung der Thematik einer "Politik der frühen Kindheit" eine stärkere Rolle einnimmt. Aus seiner Sicht sollte sich das Engagement des Bundes nicht auf das befristete Impulsprogramm beschränken. Insofern begrüsst der Regierungsrat, dass der Bundesrat derzeit eine Auslegeordnung in diesem Bereich vornimmt.

Weitere Auskünfte

Monica Sethi Waeber, Amt für soziale Sicherheit, 032 627 22 84